

## 839105-2025 - Wettbewerb

**Deutschland – IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung – Bibliotheks-Website mit Content Management System und Discovery System auf Basis von VuFind mit Bestell- und Kontofunktionen**

**OJ S 243/2025 17/12/2025**

**Vorinformation oder eine regelmäßige nicht verbindliche Bekanntmachung als Aufruf zum Wettbewerb – Standardregelung**

**Dienstleistungen**

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) - VÖBB-Servicezentrum

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Freizeit, Sport, Kultur und Religion

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Bibliotheks-Website mit Content Management System und Discovery System auf Basis von VuFind mit Bestell- und Kontofunktionen

Beschreibung: Zum Verbund der Öffentlichen Bibliotheken Berlins (VÖBB) gehören über 80 Bibliotheken in Berlin mit einem Medienbestand von über 6 Millionen Exemplaren, die in einem gemeinsamen Online-Katalog erfasst sind. Über die Webseite des VÖBB ([www.voebb.de](http://www.voebb.de)) können die Nutzenden die umfangreichen digitalen Angebote des VÖBB nutzen. Die Webseite wurde im Jahr 2024 über 21 Millionen Mal aufgerufen. Die Nutzenden können hier in den digitalen und analogen Medienbeständen des VÖBB recherchieren und verbundweit analoge Medien bestellen. Über die Webseite wird den Nutzenden Zugang zu ihrem Bibliothekskonto bereitgestellt, mit dem sie ihre Medienausleihen, Kontaktdaten, Ausweisgültigkeiten und Gebühren verwalten können. Darüber hinaus werden auf der Webseite standortbezogene Informationen der VÖBB-Bibliotheken (z.B. Öffnungszeiten, Veranstaltungen, Neuerungen) bereitgestellt. Das Content Managementsystem (CMS) und die zentrale Suchoberfläche (Discovery System) der Webseite sind bisher Bestandteil eines integrierten Bibliotheksmanagementsystems (Library Management System – LMS). </> Das Ziel der hier zu vergebenden Leistungen ist eine umfassende Erneuerung und Modernisierung der Webseite (Frontend) mit einem eigenständigen Content Management System (CMS) und einer eigenständigen zentralen Suchoberfläche (VuFind) auf der Basis von Open-Source-Software. Das bisherige Informations- und Funktionsangebot der Webseite für die Nutzenden (u.a. Recherche, Bestellung, Kontoverwaltung, Bezahlung, Information) soll erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden. Das CMS und das Discovery System sollen aus dem bisherigen Bibliotheksmanagementsystem (LMS) herausgelöst und auf eine eigenständige, neue technologische Grundlage gestellt werden. Zukünftige Innovationsvorhaben bezüglich des Frontends sollen dadurch flexibler und schneller umgesetzt werden können.

Kennung des Verfahrens: 497b7e0f-bc75-4483-a1bf-4773d836e1bc

Interne Kennung: ZLB-2025-0023

Verfahrensart: Sonstiges zweistufiges Verfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: Diese Vorinformation dient als Aufruf zum Wettbewerb. Interessierte Unternehmen werden mit dieser Vorinformation aufgefordert, ihr Interesse mitzuteilen (Interessensbekundung). Für das Vergabeverfahren ist keine weitere Auftragsbekanntmachung vorgesehen. </> Aufgrund dieser Vorinformation ist zunächst nur eine Interessensbekundung verlangt; ein Teilnahmeantrag oder Angebot ist jetzt noch nicht (!) vorzulegen, sondern erst nach gesonderter Aufforderung im weiteren Vergabeverfahren. Die Unternehmen, die ihr Interesse bekundet haben, werden von der Vergabestelle gesondert zur Einreichung einer Interessensbestätigung (= Teilnahmeantrag) aufgefordert. Die Einzelheiten zum Inhalt des Teilnahmeantrags werden den Interessenten in der Aufforderung zur Interessensbestätigung (= Teilnahmeaufforderung) mitgeteilt. </> Die zunächst einzureichende Interessensbekundung ist per E-Mail in Textform (§ 126b BGB) und in deutscher Sprache unter Bezeichnung des Auftrags bzw. der Vergabenummer ZLB-2025-0023 an die Vergabestelle ( [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de) ) zu senden. Die Interessensbekundungen müssen noch keine (!) Unterlagen oder Nachweise enthalten. Die Interessensbekundung muss ein bestimmtes interessiertes Unternehmen (Interessent) erkennen lassen und eine aktive E-Mail-Adresse enthalten oder benennen, über die der Interessent im weiteren Verfahren erreichbar ist. In der Interessensbekundung soll eine verantwortliche Ansprechperson mit weiteren Kontaktdaten (Telefon) benannt werden. Mit der Interessensbekundung ist noch keine verbindliche Festlegung dahingehend verbunden, ob und welches Unternehmen als Bewerber/Bieter am weiteren Verfahren teilnehmen wird. Die Interessensbekundung dient dem Zweck, von der Vergabestelle über die Möglichkeit zur weiteren Teilnahme am Verfahren informiert zu werden. Das weitere Verfahren erfolgt im Wege eines Verhandlungsverfahrens ohne gesonderte Auftragsbekanntmachung gemäß § 38 Abs. 4 VgV. Die Vergabestelle wird frühestens 35 Kalendertage nach Absendung dieser Vorinformation die Interessenten zur Bestätigung ihres Interesses an der weiteren Teilnahme am Vergabeverfahren auffordern (= Teilnahmeaufforderung). </> Für die Einreichung ihrer Interessensbekundungen sind die interessierten Unternehmen verantwortlich. Ihnen obliegt es, ihre Interessensbekundung frühzeitig zu übermitteln. Die in Ziffer 5.1.12 genannte Frist für den Eingang der Interessensbekundungen ist keine Ausschlussfrist, sondern der Zeitraum binnen dessen eine Berücksichtigung der rechtzeitig eingegangenen Interessensbekundungen gewährleistet ist. Bei der Aufforderung zur Interessensbestätigung (Teilnahmeaufforderung) wird die Vergabestelle alle bis zur Absendung dieser Aufforderung eingegangenen Interessensbekundungen berücksichtigen. Danach eingehende Interessensbekundungen wird die Vergabestelle bis vier Kalendertage vor Ablauf der Frist für den Eingang der Interessensbestätigungen (Teilnahmeanträge) noch berücksichtigen; eine Verlängerung der Frist zur Interessensbestätigung wird dabei allerdings nicht gewährt. Später eingehende Interessensbekundungen bleiben unberücksichtigt. </> An dem anschließenden Verhandlungsverfahren werden nur diejenigen Unternehmen beteiligt, die (nach der gesonderten Teilnahmeaufforderung) form- und fristgerecht eine ordnungsgemäße Interessensbestätigung (Teilnahmeantrag) eingereicht und damit ihre Eignung nachgewiesen haben. Eine Auswahl gemäß Ziffer 5.1.9 für den Fall einer mehr als ausreichenden Anzahl an geeigneten Bewerbern bleibt vorbehalten. Weiterführende Informationen und Bedingungen werden den Interessenten bzw. Bewerbern mit der Aufforderung zur Interessensbestätigung (Teilnahmeaufforderung) mitgeteilt.

### **2.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72200000 Softwareprogrammierung und -beratung, 72212224 Entwicklung von Software für die Webseitenbearbeitung, 48224000 Softwarepaket für die Webseitenbearbeitung, 72227000 Beratung im Bereich Software-Integration, 48160000 Bibliothekensoftwarepaket, 72212160 Entwicklung von Bibliothekensoftware, 72413000 Website-Gestaltung

### **2.1.2. Erfüllungsort**

Stadt: Berlin

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Erfüllungsort ist der Sitz der ZLB.

### **2.1.4. Allgemeine Informationen**

Zusätzliche Informationen: Die Vergabeunterlagen mit weiteren Details zu den Leistungs- und Funktionsanforderungen und Vertragsbedingungen sowie weiterführende Informationen und Bedingungen zur Teilnahme am Vergabeverfahren und zum Ablauf werden den beteiligten Unternehmen in den jeweiligen Stadien des weiteren Verfahrens zur Verfügung gestellt. Für die aufgrund dieser Vorinformation zunächst einzureichenden Interessensbekundungen stehen noch keine Vergabeunterlagen bereit. <\/> Bewerbergemeinschaften haben (nach gesonderter Aufforderung) mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung abzugeben, in der u.a. alle Mitglieder und ihre jeweils vorgesehenen Leistungsanteile aufgeführt sind, ein bevollmächtigter Vertreter benannt ist und erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Die erforderlichen Erklärungen und Nachweise zur Eignung sind für jedes Mitglied gesondert mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Die Eignungsanforderungen hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Befähigung bzw. Erlaubnis zur Berufsausübung sind von jedem Mitglied zu erfüllen. Die Erfüllung der Eignungsanforderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit wird nach den jeweils vorgesehenen Leistungsanteilen der Mitglieder beurteilt, soweit keine gesonderte Regelung für bestimmte Eignungsanforderungen (z.B. Haftpflichtversicherung) getroffen ist. Weitere Einzelheiten enthalten die Teilnahmebedingungen; im Übrigen gilt § 43 VgV. <\/> Beabsichtigt ein Bewerber, im Hinblick auf die erforderliche Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen ("Eignungsleihe"), sind (nach gesonderter Aufforderung) mit dem Teilnahmeantrag die betroffenen Kapazitäten sowie die Namen, die gesetzlichen Vertreter und die Kontaktdaten der anderen Unternehmen anzugeben. Zugleich ist vom Bewerber nachzuweisen, dass ihm die betroffenen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Erfüllung des Auftrages zur Verfügung stehen (z.B. durch Verpflichtungserklärung). Darüber hinaus sind die erforderlichen Erklärungen und Nachweise zur Eignung der anderen Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Die Eignungsanforderungen hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Befähigung bzw. Erlaubnis zur Berufsausübung sind von jedem anderen Unternehmen zu erfüllen. Die Erfüllung der Eignungsanforderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit wird nach den jeweils in Anspruch genommenen Kapazitäten beurteilt, soweit keine gesonderte Regelung für bestimmte Eignungsanforderungen (z.B. Haftpflichtversicherung) getroffen ist. Weitere Einzelheiten enthalten die Teilnahmebedingungen; im Übrigen gilt § 47 VgV. <\/> Nach gesonderter Aufforderung sind der Teilnahmeantrag und alle Anlagen sowie nachträglich angeforderte Angaben und Unterlagen in deutscher Sprache abzufassen bzw. vorzulegen. Anderssprachigen Unterlagen ist stets zugleich eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Die Vergabestelle behält sich vor, eine amtlich beglaubigte Übersetzung bzw. eine Übersetzung durch einen staatlich beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer zu verlangen. <\/> Weitere Einzelheiten werden den Vergabeunterlagen (Teilnahme- bzw.

Angebotsbedingungen) zu entnehmen sein, die die Interessenten bzw. Bewerber in den jeweiligen Verfahrensstadien mit der Aufforderung zur Interessensbestätigung bzw. Angebotsabgabe erhalten werden.

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU  
vgv - § 38 Abs. 4 VgV

**2.1.6. Ausschlussgründe**

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 97 Abs. 2, 124 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 Abs. 2 bis 126 GWB, § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG, §§ 15, 17 Abs. 3 BerlAVG

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0000

**Titel:** Bibliotheks-Website mit Content Management System und Discovery System auf Basis von VuFind mit Bestell- und Kontofunktionen

**Beschreibung:** Auftragsgegenstand ist die Konzipierung, Entwicklung und Implementierung einer sicheren, benutzerfreundlichen, responsiven, mehrsprachigen, flexiblen und zukunftsfähigen Gesamtlösung für die neue Webseite (Frontend) des VÖBB. Das bisherige Informations- und Funktionsangebot der Webseite für die Nutzenden (s.o. Ziffer 2.1: u.a. Recherche, Bestellung, Kontoverwaltung, Bezahlung, Information) soll beibehalten und weiter ausgebaut werden. Das neue Discovery System muss auf der Basis des bibliothekarischen Suchsystems „VuFind“ basieren. Das neu zu entwickelnde Content Management System und alle weiteren Komponenten, Module oder Bausteine der Webseite sollen, soweit möglich, auf der Basis quelloffener und lizenzkostenfreier Open-Source-Software realisiert werden. Bei der Realisierung sind vom Auftragnehmer zahlreiche Schnittstellen, insbesondere zum (fort-)bestehenden Bibliotheksmanagementsystem (LMS) aDIS/BMS des VÖBB sowie zu diversen Drittsystemen (z.B. ePayment, Fremdatensourcen der Online Angebote), zu entwickeln und zu integrieren. Die Projektrealisierung ist vorläufig in zwei Phasen geplant. In einer ersten Phase soll vom Auftragnehmer in enger Abstimmung mit dem VÖBB eine funktions- und betriebsfähige Kernversion des Discovery Systems und der Webseite (MMP) entwickelt und implementiert werden. An den Launch der Webseite soll sich eine zweite Phase anschließen, in der die Webseite vom Auftragnehmer gepflegt und supportet wird. Während dieser zweiten Phase soll die Webseite anhand von Nutzenden- und Stakeholder-Feedback weiterentwickelt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Auftragnehmer und VÖBB soll mittels agiler Methoden erfolgen. Hosting und Betrieb der Webseite erfolgen auf den Webservern des VÖBB durch das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) und sind nicht Bestandteil der zu vergebenden Leistungen. Die Funktionalität und Betriebsfähigkeit der neu zu entwickelnden Webseite muss die landesspezifischen Anforderungen an Datensicherheit, Datenschutz und Barrierefreiheit (u.a. EGovG Bln, Grundschutzstandards des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik - BSI, IKT-Architekturrichtlinien für das Land Berlin, DS-GVO, BIKTG Bln, BITV 2.0, DIN EN 301 549, WCAG 2.1) erfüllen. Die Pflege-, Service- und Supportleistungen des Auftragnehmers sind danach auszurichten. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus dem Entwurf einer Leistungsbeschreibung, die den Interessenten, die ihr Interesse bekundet haben, mit der Aufforderung zur Interessensbestätigung (Teilnahmeaufforderung) zur Verfügung gestellt wird. Über den Auftragsgegenstand soll im Rahmen des Vergabeverfahrens verhandelt werden; Änderungen im Zuge dieser Verhandlungen bleiben vorbehalten.

Interne Kennung: ZLB-2025-0023

#### 5.1.1. Zweck

**Art des Auftrags:** Dienstleistungen

**Haupteinstufung (cpv):** 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

**Zusätzliche Einstufung (cpv):** 72200000 Softwareprogrammierung und -beratung, 72212224 Entwicklung von Software für die Webseitenbearbeitung, 48224000 Softwarepaket für die Webseitenbearbeitung, 72227000 Beratung im Bereich Software-Integration, 48160000

Bibliothekensoftwarepaket, 72212160 Entwicklung von Bibliothekensoftware, 72413000 Website-Gestaltung

**Optionen:**

Beschreibung der Optionen: Siehe Ziffer 5.1. Während der zweiten Phase der Projektrealisierung soll die Webseite anhand von Nutzenden- und Stakeholder-Feedback - optional - weiterentwickelt werden.

**5.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Erfüllungsort ist der Sitz der ZLB.

**5.1.3. Geschätzte Dauer**

Laufzeit: 36 Monate

**5.1.4. Verlängerung**

Maximale Verlängerungen: 3

Weitere Informationen zur Verlängerung: Die genaue Vertragslaufzeit (Ziffer 5.1.3) wird noch festgelegt. Derzeit ist vorgesehen, dass die Vertragslaufzeit dreimalig um jeweils 12 Monate (auf insgesamt bis zu 72 Monate) verlängert werden kann.

**5.1.6. Allgemeine Informationen**

**Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#,#Besonders auch

geeignet für:other-sme# (= Der Auftrag ist auch für kleine und mittlere Unternehmen geeignet).

**5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Es gelten Besondere Vertragsbedingungen (BVB) unter anderem zu Mindeststundenentgelt und Tariftreue (Wirt-214), zur Frauenförderverordnung (Wirt-2141), zur Verhinderung von Benachteiligungen (Wirt-2143) sowie über Kontrollen und Sanktionen nach dem Ber1AVG (Wirt-2144).

Gefördertes soziales Ziel: Sonstiges, Gleichstellung der Geschlechter, Faire Arbeitsbedingungen

**5.1.9. Eignungskriterien**

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung: Die Bewerber haben (nach gesonderter Aufforderung) mit dem Teilnahmeantrag allgemeine Unternehmensdaten (u.a. Bezeichnung, Rechtsform, Sitz, ggf. verantwortliche Niederlassung, Ansprechpartner, Kontaktdaten) anzugeben. Mit dem Teilnahmeantrag haben die Bewerber zu erklären, dass sie die rechtlichen Voraussetzungen zur Ausführung der zu vergebenden Leistungen erfüllen, insbesondere die notwendige Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung besitzen. Mit dem Teilnahmeantrag haben die Bewerber einen aktuellen Auszug aus dem für sie einschlägigen Handels- oder Berufsregister (nicht älter als 3 Monate) sowie im Falle von Personengesellschaften (z.B. KG, GbR) auch für

die persönlich haftenden Gesellschafter (jeweils soweit mit Rücksicht auf die Rechtsform vorhanden) oder (bei fehlender Registerpflicht) eine Unternehmensdarstellung mit Angaben zur Rechtsform, den Inhabern/Gesellschaftern und den gesetzlichen Vertretern vorzulegen.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung: Die Bewerber haben (nach gesonderter Aufforderung) mit dem Teilnahmeantrag Angaben zum Gesamtjahresumsatz und zum spezifischen Jahresumsatz mit vergleichbaren IT-Dienstleistungen (Softwareentwicklung und/oder Systemintegration im Bibliotheks- und/oder Bildungsbereich) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren zu machen. Es werden ein Gesamtjahresumsatz in Höhe von mindestens 300.000 Euro (im Durchschnitt pro Jahr) und ein spezifischer Jahresumsatz mit vergleichbaren IT-Dienstleistungen (s.o.) in Höhe von mindestens 150.000 Euro (im Durchschnitt pro Jahr) gefordert. Die Berechnung des Umsatzes erfolgt ohne Umsatzsteuer (netto). Bei der Berechnung des Umsatzes kann das Jahr 2025 auch dann zugrunde gelegt werden, wenn ein Jahresabschluss noch nicht vorliegt.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung: Die Bewerber haben (nach gesonderter Aufforderung) mit dem Teilnahmeantrag Angaben zur Betriebshaftpflichtversicherung zu machen. Es wird eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Mindestdeckungssummen je Schadensfall für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von 1 Mio. Euro, mindestens zweifach maximiert pro Versicherungsjahr, gefordert. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist eine entsprechende Projektversicherung oder eine Versicherung für alle Mitglieder nachzuweisen. Im Falle einer Unterauftragsvergabe muss sich die Versicherung auch auf die Unterauftragnehmer erstrecken, andernfalls ist eine entsprechende Versicherung der Unterauftragnehmer nachzuweisen. Die Vergabestelle behält sich vor, hierfür Nachweise (z.B. Versicherungspolice oder Bestätigung des Versicherers, nicht des Maklers) vor Vertragsschluss zu verlangen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Allgemeine Referenzvorgaben: Die Bewerber haben (nach gesonderter Aufforderung) mit dem Teilnahmeantrag detaillierte Angaben zu Referenzen zu machen, um damit fundierte berufliche Kenntnisse und Erfahrungen durch vergleichbare erbrachte Leistungen (Referenzen) nachzuweisen. Der Nachweis erfolgt durch nachvollziehbare Angaben über erbrachte vergleichbare Leistungen gemäß den nachstehend geforderten Mindestreferenzen. Berücksichtigt werden nur solche Referenzleistungen, die ab dem 01.01.2018 ausgeführt und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist abgeschlossen (abgenommen) wurden. Berücksichtigt werden darüber hinaus nur solche Referenzleistungen, mit denen ein konkretes Projekt realisiert wurde; bloße Einzelleistungen oder untergeordnete Arbeiten (z.B. Zuarbeiten) genügen nicht. Die nachstehend verlangten Mindestreferenzleistungen können (müssen aber nicht) durch ein und denselben Referenzauftrag erbracht worden sein. Die Vergleichbarkeit der Referenzen wird nach pflichtgemäßem Ermessen anhand der nachstehenden Mindestanforderungen (Mindestreferenzen) und den hierzu von den Bewerbern geforderten Referenzangaben beurteilt. Die verlangten Referenzangaben können insbesondere umfassen: die Bezeichnung und eine Kurzbeschreibung des Projektes, den Auftraggeber (inkl. Ansprechperson und Kontaktdaten), die Projektlaufzeit, die im eigenen Unternehmen erbrachten Leistungen, die eingesetzten oder verwendeten Technologien und das Abrechnungsvolumen (in EUR und Leistungszeit). Soweit in den Mindestreferenzen nichts anderes vermerkt ist, müssen die Referenzleistungen vom Bewerber im eigenen Unternehmen erbracht worden sein (andernfalls ist eine Eignungsleihe erforderlich). Sofern Teilleistungen oder gemeinsam mit

anderen Unternehmen erbrachte Leistungen (auch) im Unternehmen des Bewerbers erbracht wurden, sind die jeweiligen Leistungsanteile nachvollziehbar darzustellen. Die Vergabestelle behält sich vor, darüber hinaus weiteren Angaben zu den Referenzen zu verlangen. Über die nachstehend verlangten Mindestreferenzleistungen hinaus können die Bewerber weitere vergleichbare Referenzleistungen (gemäß den vorstehenden allgemeinen Referenzvorgaben) benennen und/oder die benannten Referenzleistungen hinsichtlich der dabei gewonnenen beruflichen Erfahrungen ausführlicher beschreiben. Sofern eine mehr als ausreichende Anzahl an geeigneten Bewerbern zur Verfügung steht, kann unter diesen für das weitere Vergabeverfahren eine Auswahl anhand der jeweils nachgewiesenen beruflichen Erfahrungen getroffen werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Mindestreferenz 1: Gemäß den allgemeinen Referenzvorgaben (s.o.) ist mindestens ein Referenzauftrag über Leistungen der Konzeption und Umsetzung moderner Web-Architekturen (z.B. webbasierte Client-Server-Systeme) unter Integration von Authentifizierungsverfahren (z.B. Single Sign-On) und standardisierter Schnittstellen (z.B. REST-APIs, SOAP) nachzuweisen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Mindestreferenz 2: Gemäß den allgemeinen Referenzvorgaben (s.o.) ist mindestens ein Referenzauftrag nachzuweisen, der auf fundierte Technologie- und Systemerfahrung durch den Einsatz von Content Management Systemen für Webseiten schließen lässt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Mindestreferenz 3: Gemäß den allgemeinen Referenzvorgaben (s.o.) ist mindestens ein großer und komplexer Referenzauftrag über Leistungen der Entwicklung und /oder Anpassung eines Discovery-Systems (Recherchesystem) auf der Basis des bibliothekarischen Suchsystems „VuFind“ nachzuweisen. Die erbrachten Referenzleistungen müssen vier (Mindest-)Anforderungen erfüllen: [1] Fachkunde: Die erbrachten Leistungen müssen auf fundierte, softwarespezifische Kenntnisse und Erfahrungen in Bezug auf „VuFind“ schließen lassen (z.B. Anpassung von Solr-Konfigurationen und Indexierung, Theme-/Template-Entwicklung, Integration von ILS und VuFind über Schnittstellen, Entwicklung von VuFind-Modulen oder Erweiterungen). [2] Projektgröße: Die erbrachten und abgerechneten Leistungen müssen mindestens 150 Personentage umfassen. [3] Komplexität: Der Referenzauftrag muss eine erhöhte Komplexität aufweisen, z.B. in Form einer Mehrmandantenfähigkeit des erstellten/angepassten Systems (wie bei Verbundkatalogen) oder in Form von Multisite-Strukturen. [4] Daten: Die erbrachten Leistungen müssen auf fundierte Kenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit großen, heterogenen bibliothekarischen Datenmengen (mindestens 500.000 Medieneinheiten) schließen lassen. Die Mindestanforderungen [3] und [4] können durch denselben Referenzauftrag oder durch zwei verschiedene Referenzaufträge nachgewiesen werden, solange jeder der beiden Referenzaufträge jeweils alle anderen Anforderungen (insbesondere [1] und [2]) erfüllt. Das Projekt muss bzw. die Projekte müssen erfolgreich abgeschlossen worden sein (Go-Live und laufender Produktivbetrieb).

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung: Die Bewerber haben (nach gesonderter Aufforderung) mit dem Teilnahmeantrag zu versichern, dass für die Ausführung des ausgeschriebenen Auftrags ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht, um die Leistung auszuführen. Zu einem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt haben die Bewerber/Bieter konkrete Angaben zu den technischen Fachkräften zu machen, die für die Auftragsausführung zur Verfügung stehen. Gefordert sind als Mindestanforderung: <\/> - mindestens eine verfügbare Person mit Leitungsbefugnissen (Projektleitung) mit deutschen Sprachkenntnissen auf mindestens verhandlungssicherem Niveau (C1 GER) und mindestens drei Jahren fundierter praktischer Berufserfahrung in der Leitung von großen und komplexen IT-Softwareentwicklungsprojekten. <\/> - mindestens zwei verfügbare Personen mit Projektverantwortung (Kern-Entwicklungsteam) mit jeweils mindestens zwei Jahren fundierter praktischer Berufserfahrung in tragender Funktion bei der Umsetzung von großen und komplexen IT-Softwareentwicklungsprojekten. <\/> Darüber hinausgehende, im Zuge der Auftragsausführung einzuhaltende Anforderungen an das zur Auftragsausführung einzusetzende Personal und den Personaleinsatz können sich aus den Vertragsbedingungen und der Leistungsbeschreibung ergeben. Solche (über die Mindestanforderungen hinausgehenden) Anforderungen können auch im Rahmen der Zuschlagskriterien berücksichtigt werden.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung: Die Bewerber haben (nach gesonderter Aufforderung) im Teilnahmeantrag anzugeben, ob und welche Teilleistungen sie an Unterauftragnehmer weiter zu vergeben beabsichtigen. Die Angabe dient zunächst (im Teilnahmewettbewerb) nur der Plausibilisierung; eine Änderung im Zuge der Angebotsbearbeitung ist möglich, soweit keine Eignungsleihe vorliegt. Bei der Heranziehung von Unterauftragnehmern zur Eignungsleihe sind die Teilnahmebedingungen zur Eignungsleihe vorrangig zu berücksichtigen.

**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

#### **5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 20/01/2026

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://langwieser.de/interessensbekundung>

**Ad-hoc-Kommunikationskanal:**

Name: Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt elektronisch per E-Mail in Textform.

Die Interessenten/Bewerber/Bieter haben eine gültige und aktive E-Mail-Adresse zu unterhalten und anzugeben, über die die Vergabestelle jederzeit mit den Interessenten /Bewerbern/Bietern kommunizieren kann.

URL: <https://langwieser.de/interessensbekundung>

#### **5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Interessensbestätigung: 21 /01/2026

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 17/03 /2026

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://langwieser.de/interessensbekundung>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Interessenbekundungen: 20/01/2026 23:59:00 (UTC+01:00)

Mitteeuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Weiterführende Informationen und Bedingungen zur Teilnahme und zum Ablauf werden den beteiligten Unternehmen in den jeweiligen Stadien des weiteren Verfahrens mitgeteilt.

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Auftrags- bzw. Vertragsbedingungen können soziale und beschäftigungspolitische Ausführungsbedingungen (§ 128 Abs. 2 GWB) enthalten, z.B. zum Mindeststundenentgelt (Mindestlohn), zur Frauenförderung und zur Verhinderung von Benachteiligungen.

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Bieter-/Arbeitsgemeinschaften bilden kraft Gesetzes eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts und haften als Gesamtschuldner für die Auftragsausführung. Die Vergabestelle behält sich vor, von allen Mitgliedern eine unterzeichnete oder qualifiziert elektronisch signierte/gesiegelte Bestätigung vor Vertragsschluss einzuholen.

#### 5.1.15. Techniken

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

#### 5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß §§ 160 Abs. 3, 135 Abs. 2, 168 Abs. 2 GWB: Die Vergabekammer (s. Überprüfungsstelle) leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller den zur Nachprüfung beantragten Vergaberechtsverstoß nicht zuvor rechtzeitig gegenüber der Vergabestelle gerügt hat. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Eingang der Rüge bei der Vergabestelle. Eine Rüge ist nicht rechtzeitig, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen erfolgt, nachdem der Antragsteller den Vergaberechtsverstoß erkannt oder sich dieser Kenntnis mutwillig verschlossen hat. Eine Rüge ist außerdem nicht rechtzeitig, wenn der Vergaberechtsverstoß aufgrund einer Bekanntmachung bzw. Vorinformation oder aufgrund der zur Interessensbestätigung zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen erkennbar war und die Rüge nicht spätestens bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist (Interessensbestätigung) erfolgt ist. Eine Rüge ist darüber hinaus nicht rechtzeitig, wenn der

Vergaberechtsverstoß aufgrund einer Aufforderung zur Angebotsabgabe oder aufgrund der zur Angebotserstellung zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen erkennbar war und die Rüge nicht spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist erfolgt ist. </> Ein Nachprüfungsantrag ist weiterhin unzulässig, wenn nach dem Eingang einer Mitteilung der Vergabestelle beim Antragsteller, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind. </> Ein Nachprüfungsantrag ist zudem dann unzulässig, wenn der Zuschlag wirksam erteilt wurde (Vertragsschluss). Der Vertrag darf 10 Kalendertage nach Absendung der Information über den Abschluss des Vertrages durch die Vergabestelle an die betroffenen und nicht berücksichtigten Bieter geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch die Vergabestelle. Die Unwirksamkeit eines Vertragsschlusses kann nur festgestellt werden, wenn sie innerhalb von 30 Kalendertagen nach der vorgenannten Information, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss, im Nachprüfungsverfahren geltend gemacht worden ist. Wurde der Abschluss des Vertrages im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach der Veröffentlichung der Bekanntmachung über den Vertragsschluss im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Langwieser Rechtsanwälte PartmbB

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Langwieser Rechtsanwälte PartmbB

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Langwieser Rechtsanwälte PartmbB

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) - VÖBB-Servicezentrum

Registrierungsnummer: 11-2000009001-83

Abteilung: VÖBB-Servicezentrum

Postanschrift: Breite Str. 30-36

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10178

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: siehe Vergabestelle

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Telefon: +49 30 762 39 26 24

Fax: +49 30 762 39 26 20

Internetadresse: <https://www.voebb.de>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Langwieser Rechtsanwälte PartmbB

Registrierungsnummer: DE286274079

Postanschrift: Kurfürstendamm 59

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10707

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Telefon: +49 30 762 39 26 24

Fax: +49 30 762 39 26 20

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

**8.1. ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Registrierungsnummer: 11-1300000V00-74

Postanschrift: Martin-Luther-Straße 105

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@senweb.berlin.de](mailto:vergabekammer@senweb.berlin.de)

Telefon: +49 30 90138316

Fax: +49 30 90137613

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 75c3042e-a799-4587-9dd4-6454d293524f - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Vorinformation oder eine regelmäßige nicht verbindliche Bekanntmachung als Aufruf zum Wettbewerb – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 10

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/12/2025 20:37:06 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 839105-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 243/2025

Datum der Veröffentlichung: 17/12/2025